

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 88 848 ppbn d

Inhalt

Eugen Glombig MdB, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, warnt vor einer Senkung des Arbeitslosengeldes: Kampfansage an die Sozialdemokratie.
Seite 1

Friedel Lüpplé MdL kritisiert Selbstbeteiligungsvorschläge im Gesundheitswesen: Prinzip der Hälflichkeit durchbrochen.
Seite 3

Ulrich Dübber MdB sieht eine Tendenzwende bei der Berliner Funkausstellung: Ende der Geisterschlachten?
Seite 4

Hermann Dürr erinnert daran, daß der Dialog mit der Jugend viel Zeit bedarf: Terminkalender bereinigen.
Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 156

19. August 1981

Kampfansage an die Sozialdemokratie

Senkung des Arbeitslosengeldes bestrafte die Schwachen
Von Eugen Glombig MdB
Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Forderung bestimmter politischer Kreise nach Reduzierung des Arbeitslosengeldes ist eine unerträgliche Zumutung für die Sozialdemokraten. Eine ausreichende soziale Absicherung der Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit ist ein Grundpfeiler unseres Sozialstaates. Wer versucht, dieses Fundament auszuhöhlen, muß wissen, daß damit eine soziale Kampfansage an die Sozialdemokratie verbunden ist.

Der soziale Friede in unserer Gesellschaft gründet sich im wesentlichen auf die sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer. Wer diese Erkenntnis mißachtet, richtet schweren gesellschaftlichen und politischen Schaden an.

Es steht diesen politischen Kreisen, deren Wähler oder Mitglieder kaum dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, nicht zu, den ohnehin durch den Verlust des Arbeitsplatzes und die damit verbundene Einkommenseinbuße von rund ein Drittel betroffenen Arbeitnehmern noch weitere Opfer aufzubürden.

Die politischen Kreise, die eine Senkung des Arbeitslosengeldes fordern, sollten besser ihre Kraft darauf verwenden, in stärkerem Umfang, als das in den Koalitionsbeschlüssen ihren Niederschlag gefunden hat, steuerliche Privilegien abzubauen, bevor sie durch eine Reduzierung des Arbeitslosengeldes von 68 Prozent netto eine Entwicklung einzuleiten versuchen, die die Masse der arbeitslosen Arbeitnehmer mit Familienpflichten auf die Sozialhilfe verweisen würde. Diese Arbeitnehmer haben ein Recht auf soziale Sicherung im Rahmen der Solidargemeinschaft, die sie wirtschaftlich nicht in die Knie zwingt.

Und damit die Öffentlichkeit erfährt, was die Vertreter dieser politischen Kreise mit ihrer leichtfertigen Forderung nach Senkung des Arbeitslosengeldes anzurichten drohen, stelle ich die beiliegende Tabelle zur Höhe des Arbeitslosengeldes für bestimmte Arbeitslosengruppen zur Verfügung.



Ich hoffe, daß die Unkenntnis der Privilegierten und deren politische Nachbeter über die wirkliche soziale Lage der Arbeitslosen durch diese Veröffentlichung beseitigt wird.

Beispielsfälle für Einkommensminderungen bei Arbeitslosigkeit (Abschlag von 32 Prozent vom letzten durchschnittlichen pauschalierten Nettoarbeitsentgelt, das heißt ohne Berücksichtigung von Überstunden und individuellen steuerlichen Freibeträgen)

	Lohn- steuer- klasse	Monats- arbeits- entgelt (I)	Monats- arbeits- entgelt (II)	Monats- arbeits- losen- geld (III)	Differenz zwi- schen II und III
Textilarbeiter/in (niedrigste Lohn- stufe)	I	1429,13	1026,83	699,40	327,43 DM
	III	1429,13	1126,19	767,00	359,19 DM
Bauwerker (niedrigste Lohn- stufe)	I	1892,90	1311,48	891,80	419,68 DM
	III	1892,80	1420,64	967,20	453,44 DM
Metallfacharbei- ter/in (höchste Lohn- stufe)	I	2261,91	1525,33	1037,40	487,93 DM
	III	2261,91	1652,91	1123,20	529,70 DM
Arbeitnehmer mit 4.400 DM (Lei- stungsbemessungs- grenze)	I	4400,00	2483,87	1690,00	793,87 DM
	III	4400,00	3021,11	2054,00	967,11 DM

+ pauschaliertes Nettoarbeitsentgelt

(-/19.8.1981/hi/ca)

+

+

+



Prinzip der Häftigkeit durchbrochen

Selbstbeteiligungsvorschläge sind kostentreibend

Von Friedel Läßle MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Saarland

Die bekanntgewordenen Vorschläge Bundesarbeitsministers Ehrenberg zur verstärkten Selbstbeteiligung der Versicherten können nicht unwidersprochen hingenommen werden. Seine Vorschläge zur Selbstbeteiligung der Versicherten verstoßen eindeutig gegen Beschlüsse der SPD. Auf dem Hamburger Parteitag im November 1977 wurde beschlossen:

"Die sogenannte Selbstbeteiligung der Versicherten im Krankheitsfall an den Krankheitskosten ist als Mittel der Kostensteuerung... grundsätzlich abzulehnen."

Eine Grundlage finden solche Vorschläge allenfalls im Gesundheitspolitischen Programm der CDU, das eine Rezeptgebühr von fünf DM und eine Kostenbeteiligung bei Zahnersatz von 20 Prozent vorsieht.

Selbstbeteiligungsvorschläge sind also nicht neu. Bisher blieben sie jedoch auf CDU/FDP, Ärzteorganisationen und Arbeitgeber beschränkt. Sozialdemokraten und Gewerkschaften lehnten sie strikt ab.

Nun, was soll mit einer Selbstbeteiligung eigentlich bezweckt werden?

Befürworter versprechen sich einen Finanzierungs- und einen Steuerungseffekt.

Der Finanzierungseffekt wird erzielt, indem ein Teil der Kosten der Gesundheitssicherung von den Krankenkassen direkt auf die Versicherten verlagert wird. Zwar werden die Krankenkassen dadurch entlastet, der Versicherte jedoch neben seinem Krankenkassenbeitrag noch zusätzlich und privat belastet. Für die Versicherten gibt es keine Entlastung, für sie ist die Eigenbeteiligung nur eine Augenwischerei. Die durch die vermeintliche Erhöhung der Krankenkassenbeiträge eingesparten Mittel müssen nun privat zugeschossen werden.

Vorteile bringt die Selbstbeteiligung allerdings den Arbeitgebern.

Krankenkassenbeiträge werden heute je zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer aufgebracht. Bei Ehrenbergs Vorschlag wird das Prinzip der Häftigkeit durchbrochen. Für die Arbeitgeber bleiben die Krankenkassenbeiträge, die sie für die Arbeitnehmer aufzubringen haben, stabil, die Arbeitnehmer jedoch werden stärker finanziell belastet.

Mit dem Steuerungseffekt erhofft man, daß weniger Leistungen in Anspruch genommen werden. Vordergründig kann dies durchaus zu einer Entlastung führen. Längerfristig wird jedoch das gerade Gegenteil eintreten.

Einmal haben auch die zu Zeiten der Großen Koalition beschlossenen Selbstbeteiligungen Versicherte nur vorübergehend von einer gleichen Leistungsbeanspruchung abgehalten. Der beabsichtigte Steuerungseffekt war rasch verpufft.

Die Absicht, Versicherte durch eine Selbstbeteiligung vom Arztbesuch oder vom Medikamentenerwerb zurückzuhalten, führt mit Sicherheit bei Arbeitnehmern mit geringerem Einkommen dazu, daß so mancher notwendige Arztbesuch unterbleibt. Eine verschleppte, erst später behandelte Krankheit verursacht den Krankenkassen jedoch weitaus größere Kosten. Ein kostentreibender Bumerang.

Bürger mit ausreichendem und höherem Einkommen oder Privatversicherte werden sich durch die beabsichtigte Selbstbeteiligung nicht aufhalten lassen, das zu tun, was für ihre Gesundheitssicherung notwendig ist. Die Solidargemeinschaft Gesundheitssicherung wird in zwei Klassen geteilt.

Eine Selbstbeteiligung der Versicherten ist zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen ein arbeitnehmerfeindlicher und sachlich falscher Weg. Die bekanntgewordenen Pläne Ehrenbergs sollten schleunigst im Papierkorb landen. Dort gehören sie hin.

(-/19.8.1981/vc-ha/ca)

Ende der Geisterschlachten?

Berliner Funkausstellung signalisiert Tendenzwende

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied der Enquete-Kommission Neue Informations- und Kommunikationstechniken

In gut zwei Wochen wird in Berlin wieder die Internationale Funkausstellung eröffnet werden. Es war 1979 einen Augenblick lang fraglich, ob dieses Unternehmen weiterhin unter dem Berliner Funkturm plaziert werden sollte, doch hat die Industrie ihre Bedenken hinsichtlich der Verkehrsferne fallen gelassen. Dank der Subventionen des Bundes für den Luftweg ist Berlin so billig wie keine andere deutsche Stadt zu erreichen.

In einer Zeit konjunktureller Flaute richten sich die Erwartungen natürlich auch auf die Unterhaltungselektronik. Viele versprechen sich Anstöße für Investitionen. Daß der deutsche Marktführer Grundig eine erhebliche Zunahme des Geschäfts mit Videorecordern erwartet, kann schon jetzt erfreut registriert werden.

Wer die ständige Verbilligung von Fernsehgeräten seit 1952 in Erinnerung hat, wird auch auf dem Markt der Recorder mit Gleichem rechnen, sobald die Massenfertigung entsprechende Preisnachlässe erlaubt (Grundig will seine Produktion von 100.000 Stück in 1980 dieses Jahr verdoppeln!).

Offensichtlich sind die Zuschauer vernünftiger als manche Manager in Zeitungsverlagen, Rundfunkanstalten, Medienkonzernen und Gerätefabriken. Wer nämlich sein Fernsehprogramm mittels Aufzeichnungen unabhängig von der Uhr konsumieren und zudem noch Kassetten kaufen oder leihen kann, der braucht weder Kabel- noch Satellitenfernsehen. Es dürften alles Geisterschlachten gewesen sein, die sich Anhänger und Gegner des öffentlich-rechtlichen Systems geliefert haben.

Ohnehin wird es - von dem Versuchssatelliten TV-Sat abgesehen - in den nächsten Jahren keinen deutschen Fernsehsatelliten geben, weil der Bundesforschungsminister mit dem wenigen ihm verbliebenen Geld Dringenderes - wie zum Beispiel Energieprobleme - zu lösen hat. Die Pläne für ein 4. und 5. Programm bei ARD und ZDF werden ebenso Makulatur bleiben wie das Projekt der Zeitungsverleger mit Radio Luxemburg.



Ist es denn so schlimm, wenn wir alles eine Nummer kleiner bekommen? Muß der Fortschritt immer Riesensprünge machen, die uns im Nachhinein ökologische und soziale Probleme bescheren, an die vorher keiner gedacht hatte? Unser Lebensstandard auch in der Welt der Erlebnisse ist so gut, daß wir einige Zeit damit existieren können; man kann eher fragen, ob denn auch jeder die äußeren Eindrücke, mit denen er bombardiert wird, gesund verarbeitet.

Es ist nicht der Bundeskanzler allein, der mit der Idee des "fernsehfreen Tages" einen von manchen als schrullig bezeichneten Gedanken geäußert hatte. Die Kommission Massenmedien der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, empfand ebenso wie der Hauptausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen bei einer gemeinsamen Besichtigung der Funkausstellung vor zwei Jahren nur eine sehr gedämpfte Begeisterung für die neuen Medien. Axel Springer hat dieser Tage den Plan aufgegeben, zusammen mit dem japanischen Sony eigene Filmkassetten zu produzieren. Er war mit der Qualität des Programms nicht zufrieden.

Die Beschränkung auf das Solide ist, was in unsere Zeit paßt. Warum stößt man im Radiogeschäft auf viele Dutzend Typen von Stereoplanen, die unsere Kinder mit hohen Watt-Zahlen an die Energieverschwendung gewöhnen, sucht aber vergebens nach einem "Dampfradio" mit dem simplen "magischen Auge", das dem Hörer auch visuell das Zurechtfinden im Wellensalat erleichtert?

Der typische Radiohörer ist konservativ, was technische Neuerungen anbetrifft. Er gewöhnt sich an Frequenzen und ihre Farbe und reagiert verärgert auf Änderungen, diese Erfahrungen macht seit Januar der Norddeutsche Rundfunk mit seinen neuen Landesprogrammen. Dem WDR wird es ähnlich ergehen, wenn er (endlich) sein Netz regionalisiert. Da ist die Industrie gefordert, technische Hilfestellung etwa bei der Sendersuche zu leisten. Nicht die Oper samt Coca-Cola-Werbung via Satellit ist, auf was der Kumpel in Wanne-Eickel wartet, sondern auf die Sendung aus dem Funkhaus Dortmund und die Verkehrshinweise, und das bitte in hoher Qualität.

(-/19.8.1981/hi/ca)

+ + +



Terminkalender bereinigen

Der Dialog mit der Jugend bedarf viel Zeit

Von Hermann Dürr

Daß man das Gespräch mit der Jugend oder gestelzt formuliert - den Dialog mit der jungen Generation - führen müsse, liest und hört man überall. Es ist eine gestanzte Leerformel, ein Pflichtbestandteil von Politikerreden geworden. Mancher sieht es - nicht zu Unrecht - für eine leere Versprechung an.

Es gibt keine Anzeichen, daß die Gespräche zwischen Politikern und jungen Menschen zahlreicher geworden wären. Was ist die Ursache? Sage niemand, es liege an den Jungen, die sich dazu nicht drängen wie zu Veranstaltungen, wo es Freibier oder ähnliches umsonst gibt. Das wäre eine faule Ausrede der Älteren, die an den Spruch erinnert: "Ist's nicht genug, daß ich's versprochen hab'? Muß ich's auch noch halten?"

Viel wirklichkeitsnäher ist die Frage "Haben die Politiker für solche Gespräche, die kein small talk von fünf Minuten Dauer sein können, überhaupt genügend Zeit?" Genau da liegt meines Erachtens der Hase im Pfeffer. Und die Zuständigen sollten sich einmal überlegen, ob und wo sich diese Zeit finden läßt. Zuständig sind nicht nur die Parteivorstände, auch die Parlamentspräsidenten und Fraktionsvorsitzenden und nicht zuletzt die Mitglieder der Enquetekommission Jugend des Bundestages.

Ein Appell, die Abgeordneten sollten ihre Arbeitszeit verlängern, um mehr Zeit für die Jugend zu haben, wäre nutzlos. Bei den mehr oder weniger intelligent Faulen stieße er auf taube Ohren. Die anderen haben längst einen prall gefüllten Terminkalender und können ihren Zeitmangel überzeugend vorweisen. Was steht in diesen Terminkalendern? Viel zu viel Repräsentationspflichten, Einweihung der Turn- und Festhalle, Verabschiedung des Schulamtsdirektors in den Ruhestand, Fahnenweihe der Feuerwehr, Trachtenfest und so weiter und so weiter. Der Politiker ist dabei nichts als Staffage und oft nur gekommen, damit die Genossen nicht motzen "Die CDU war da, sogar die FDP. Und wo warst Du?" Sage niemand, Vergleichbares gebe es innerhalb der Parteien nicht. Auch dort finden Zusammenkünfte statt, die der Abgeordnete besucht, obwohl er da nicht gefordert ist, gar nichts mitzureden hat, aber da ist, weil ein "Gesichtsbild" die Aussichten einer Wiederwahl eher erhöht.

Niemand will Abgeordneten die Teilnahme an Repräsentationsveranstaltungen verbieten. Bei denen, die das Fernsehen überträgt, wäre das ohnehin vergebliche Liebesmüh. Auch hat jedermann Verständnis, wenn ein Parlamentarier, der alter Handballer ist, zum Verbandstag des Handballverbandes geht - übrigens aus alter - Anhänglichkeit, auch um Bekannte zu treffen, nicht aus Gründen der Repräsentation.

Ich plädiere für eine "Verschwörung" der Parlamentspräsidenten und Fraktionen, für ein anschließendes Gespräch mit den Verbänden. Entbindet die Politiker von der Pflicht zur Teilnahme an den Veranstaltungen, wo sie nicht nötig sind. Schickt ihnen keine Einladungen, die sie in Versuchung bringen. Wenn sie trotzdem kommen, dann empfiehlt sie den Zeitungen, nicht mehr zu berichten, als daß auch Parlamentarier dabeigewesen seien.

Niemand kann versprechen, daß die dadurch ersparte Zeit zu Gesprächen mit jungen Menschen genutzt wird. Aber eines ist klar: Wenn sich in den Terminkalendern der Politiker nichts ändert, bleibt die Forderung nach dem Dialog mit der Jugend ein hohles Gerede, das einem bald in den Ohren weh tun wird.

(-/19.8.1981/va-he/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

